

Christa Führer-Rößmann

Rede am 22. 6. 2021 zum Gedenken an den Überfall von Nazideutschland auf die Sowjetunion vor 80 Jahren

Die heutige Veranstaltung wurde von einem breiten Bündnis geplant. Es hat mir zgedacht den Schwerpunkt auf die Lehren für die Gegenwart zu legen.

Als das Bündnis dies Gedenken plante, dachten wir, **wir** müssten gegen öffentliches Schweigen die Opfer dieses verbrecherischen Krieges in Erinnerung halten. Nun hat **Frank Walter Steinmeier** in seiner sehr bemerkenswerten Rede Schicksale von Menschen mit verschiedenster Herkunft erzählt, furchtbare Schicksale. Er hat unsere Einschätzung zugleich bestätigt.

Er sagte: „**Niemand hatte in diesem Krieg mehr Opfer zu beklagen als die Völker der damaligen Sowjetunion. Und doch sind diese Millionen nicht so tief in unser kollektives Gedächtnis eingebrannt, wie ihr Leid, und unsere Verantwortung, es fordern.**“

Der Bundespräsident forderte aus der Geschichte zu lernen, und darin sind wir mit ihm einig. Er spricht von dem Geschenk der Versöhnung . „**Machen wir uns an diesem Tag, an dem wir an Abermillionen Tote erinnern, auch gegenwärtig, wie kostbar die Versöhnung ist, die über den Gräbern gewachsen ist. Aus dem Geschenk der Versöhnung erwächst für Deutschland große Verantwortung. Wir wollen und wir müssen alles tun, um Völkerrecht und territoriale Integrität auf diesem Kontinent zu schützen, und für den Frieden mit und zwischen den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion zu arbeiten.**“

Uns ist es wichtig, dass nicht etwa nur der Angehörigen einer Nation gedacht wird, auch wenn im folgenden oft von Russland die Rede sein wird.

Der Bundespräsident nennt als Antrieb für den verbrecherischen Feldzug von Nazideutschland, „**Antisemitismus, Antibolschewismus, Rassenwahn gegen die slawischen und asiatischen Völker der Sowjetunion**“. Darin ist ihm zuzustimmen. Zur Vorgeschichte dieses Krieges gehörte schon rein faktisch auch eine ungeheure Aufrüstung. Von der muss hier die Rede sein, weil sie auch heutzutage wieder stattfindet. Sie findet viel Fürsprache in der Politik. Das Wort Aufrüstung fällt nicht, da werden einzelne Waffensysteme befürwortet, wie bewaffnete Drohnen, FCAS, F18 Bomber usw. Man müsste lange Vorträge halten um all das zu erklären, aber alles zusammen ist Aufrüstung. **Sipri**, das bekannte schwedische Institut hat im Zusammenhang mit Atomwaffen kürzlich genau diesen Begriff gebraucht, **Aufrüstung**.

Die Befürworter sprechen auch gerne von Sicherheit. Als hätte die Geschichte nicht gezeigt, **dass Aufrüstung zu Krieg führte und führt**. Dafür gibt es ökonomische und politische Gründe. Denen will ich hier nicht nachgehen. Klar ist aber: **Krieg ist das Gegenteil von Sicherheit für die große Mehrheit der betroffenen Bevölkerung**.

Ein Teil der Menschen in Deutschland meint, das betreffe uns alle nicht. Vom Westen geht doch keine Kriegsgefahr aus. Verkürzt gesagt, die westlichen Regierung werden als „die Guten“ angesehen. Zu dieser Sicht wären ein paar Zweifel sehr angebracht. Aber auch an solche Menschen geht die Mahnung, dass wir in Zeiten leben, in der **die Gefahr eines Krieges aus Versehen steigt!**

Tatsächlich aber sprechen sich trotz stetiger Befürwortung von seiten von Bundespolitikerinnen stabil **70% der Bevölkerung Deutschlands gegen Aufrüstung** aus. Diese große Mehrheit wird kaum beachtet, weder von der Politik, noch von den Medien. Denn wo bleibt der Vorstoß der großen Politik zum Abbau der Rüstungsarsenale? Die Äußerung von Frau Merkel, dass der heutige Gedenktag ein „**Anlass für Scham**“ sei, geht in die richtige Richtung. Weitere Schritte der Exekutive zur Verständigung mit Russland müssen folgen. Die widersprüchliche Haltung von Frau Merkel, die bei der Nato-Tagung nochmals die Erhöhung der Rüstungsausgaben zusagte, muss zu mehr Klarheit in Richtung auf Verständigung geändert werden.

Der Bundespräsident ist hier wieder die einzige bemerkenswerte Ausnahme in der großen Politik. Er beschört in seiner Rede den **Geist von Helsinki** aus den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts. „**Inmitten der gegenseitigen Drohung mit nuklearer Vernichtung entstand ein Prozess, der durch Anerkennung gemeinsamer Prinzipien und durch Zusammenarbeit einen neuen Krieg vermeiden wollte und vermeiden half.**“

Ich komme noch einmal zurück auf die **70 % der Menschen, die Abrüstung befürworten**, die aus der Geschichte gelernt haben. Diese leider stille Mehrheit hält Ausgaben für die Rüstung für gefährlich und zu teuer.

Wer also gegen eine Mehrheit von Menschen so etwas Teures wie die Steigerung von Rüstungsausgaben durchsetzen möchte, braucht gute Gründe. Ein Feindbild kommt da gut zu Pass.

Der G7-Gipfel und das Nato-Treffen der letzten Woche haben es schon mal festgeschrieben. Russland ist der Gegner. (China auch, mit dem will ich mich jetzt nicht beschäftigen.) Danach trafen sich Biden und Putin und vereinbarten tatsächlich Gespräche, bei denen auch Abrüstung Thema sein soll. Das ist ausgesprochen widersprüchlich. Und man hat sich in den Kommunikationen bemüht, nicht allzu viel Einigkeit durchscheinen zu lassen und auch nicht viel Tatkraft in Richtung Abrüstung. Das ist noch lange nicht die Wende, auf die wir hoffen. **Im Offenbacher Bündnis herrscht große Besorgnis darüber, dass stattdessen das Feindbild Russland weiter ausgebaut wird.**

Aber **wie** steht es denn nun mit der militärischen Stärke des beschworenen „Feindes“ Russland, wenn wir uns denn überhaupt als friedensinteressierte Menschen mit dieser Kalkulation von angeblicher Sicherheit beschäftigen wollen. Laut Sipri gibt die Nato 18 mal so viel für Rüstung aus wie Russland. Und damit muss ich nicht mehr viel sagen, denn es ist nicht doppelt so viel, nicht dreimal so viel, sondern **18 mal so viel**. Wie kann es sein, dass bei solch eklatantem Unterschied immer wiederholt wird, wir **müssten** unseren Rüstungshaushalt erhöhen, und zwar um 30 Milliarden und mehr? Diese riesigen Summen verstecken sich hinter dem Ziel 2% des Brutto-Inland-Produktes. Wie kann es sein, dass man eine Erhöhung der deutschen Rüstungsausgaben uns als notwendig präsentiert?

Ich wiederhole: **Aufrüstung führt zu Krieg. Es gibt keine vernünftigen Gründe die Ausgabe für die Rüstung zu erhöhen.**

Es gibt vernünftige Gründe für Gespräche mit Richtung auf Verständigung, Entspannung und Abrüstung. In dieser Richtung müssen wir Druck machen, das können wir ganz offensichtlich nicht Biden und Putin überlassen. Auch die Rede des Bundespräsidenten allein steht noch nicht für eine Umkehr in der Politik. Hier erwarten wir konkrete Initiativen der Bundesregierung.

Die Opfer, die hier begraben sind, mahnen uns. Sie starben unschuldig und grausam. Wir brauchen keine Feindbilder, wir brauchen Frieden. Ich möchte noch einmal den Beitrag des Klubs Offenbach-Orjol hervorheben, dazu dass in Offenbach eine Gegenstimme zu den Feindbildern laut blieb.

Kooperation, wie sie im Weltraum in der ISS-Station möglich ist, muss es auch auf der Erde geben. So zum Beispiel auch bei weltweiten Pandemien sowie bei der Erforschung der Meere und des ewigen Eises.

Verständigung trägt dazu bei diese Welt lebenswert zu erhalten. Nur gemeinsam haben wir eine Zukunft.